

Kommission zu Afghanistan

BERLIN (epd). Zur Aufarbeitung des 20-jährigen Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr und seines jähren Endes im vergangenen Jahr sollen eine Enquete-Kommission und ein Untersuchungsausschuss beim Bundestag eingerichtet werden. Wie Vertreter aus den Fraktionsspitzen der Koalition aus SPD, Grünen und FDP sowie von CDU und CSU am Donnerstag mitteilten, sollen beide Gremien noch vor der Anfang Juli beginnenden Sommerpause eingesetzt werden. „Nach 20 Jahren ist es wichtig, dass der Gesamteinsatz in Afghanistan in einer Enquete-Kommission mit wissenschaftlicher Expertise bewertet wird“, heißt es in der Erklärung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Agnieszka Brugger (Grüne), Gabriela Heinrich (SPD), Johann Wadepuhl (CDU) und Alexander Graf Lambsdorff (FDP). Der Untersuchungsausschuss soll sich auf die Aufarbeitung der Evakuierungsmission in Afghanistan beschränken. Er muss durch das Plenum des Bundestags berufen werden.

Klimaschutz ins Grundgesetz?

KÖLN (epd). Fast jeder zweite Deutsche würde es laut einer Umfrage begrüßen, wenn der Klimaschutz in Deutschland im Grundgesetz verankert würde. 49 Prozent der Befragten befürworten diesen Schritt, wie das Meinungsforschungsinstitut YouGov am Donnerstag mitteilte. Vor allem bei den Jüngeren im Alter von 18 bis 24 Jahren findet die Verankerung im Grundgesetz eine deutliche Mehrheit von 64 Prozent. Den größten Zuspruch findet der Schritt aus parteipolitischer Sicht unter den Grünen-Wählern (87 Prozent). Laut der Erhebung sind zwei von fünf Befragten (41 Prozent) der Ansicht, dass das Thema „Umwelt- und Klimaschutz“ von der deutschen Politik nicht ausreichend dringlich behandelt würde. 63 Prozent geben an, dass ihnen das Thema eher oder sehr stark am Herzen liegt.

Präsident entlässt 57 Richter

TUNIS (dpa). Tunesiens Präsident Kais Saied treibt den Umbau der Justiz des nordafrikanischen Landes weiter voran und entlässt 57 Richter. Sie seien an Korruption beteiligt gewesen und hätten Urteile etwa bei Terrorismus-Prozessen behindert, hieß es in dem Beschluss. Oppositionelle und Richter warfen Saied nach der Entscheidung vom Mittwochabend vor, die alleinige Herrschaft über die Behörden des Landes an sich reißen zu wollen. Beobachter befürchten seit längerem ein Ende der Gewaltenteilung und einen Rückfall in die Diktatur. Tunesien galt lange als einziges Land, dem nach den arabischen Aufständen von 2011 der Übergang zur Demokratie gelungen ist. Im Februar hatte der Präsident bereits wegen mutmaßlicher Korruption den Obersten Justizrat aufgelöst, der die Unabhängigkeit der Justiz im Land garantieren soll.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de oder
Telefon: 06131 - 485865

Blattmacher:

Klaus Thomas Heck, Michael Klein, Ute Siegfried-Henkel, Sigrid Babst, Constantin Lummtsch, Ken Chowanetz, Florian Giezewski, Jorg Hamm, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Thorsten Lutz, Katrin Oltmanns, Nicole Suckert, Nina Waßmundt.

Auch die Dänen sagen „Ja“

Angesichts des Ukraine-Kriegs will sich das nordeuropäische Land in die Verteidigungsstrukturen der EU einbringen

Von Gregor Mayntz

BRÜSSEL. Wenn es um Integration in die EU geht, waren die Dänen über Jahrzehnte stolz auf ihren Sonderstatus. Gemeinsamer Markt ja, aber bitte keinen Euro, bitte keine Justiz- und Polizeizusammenarbeit und vor allem: bitte keine gemeinsame Militärpolitik. Putin hat auch das verändert. Holten sich frühere Regierungschefs bei ihren Landsleuten stets blutige Nasen, wenn sie Dänemark wieder mehr in die EU-Strukturen bringen wollten, wurde die aktuelle Ministerpräsidentin Mette Frederiksen nun für ihren Mut belohnt, ein Jahr vor den Wahlen die Dänen über das Ende ihres Sonderstatus außerhalb der EU-Sicherheitsstrukturen abstimmen zu lassen: Zwei Drittel der Dänen folgten ihr.

Nach dem klaren Votum hat es Kopenhagen nun eilig

Nach diesem klaren Votum hat es die Regierung nun eilig. Bereits ab 1. Juli soll Dänemark in allen Facetten bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) mitmachen. Die auf ihre Selbstständigkeit bedachten Dänen vollziehen damit einen ähnlichen Trend wie die bislang auf ihre Neutralität bedachten Finnen und Schweden. Während die östlichen Skandinavier zwar in der EU-Verteidigung mitwirkten, aber traditionell der Nato fern blieben, gehörten die Dänen zwar zu den Gründungsmitgliedern des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, mochten aber bei der EU zum



Ein Plakat in Kopenhagen wirbt für ein Ja für eine stärkere militärische Integration Dänemarks in die Verteidigungsstrukturen der Europäischen Union. Bisher war das nordeuropäische Land dabei zurückhaltend. Gut zwei Drittel der Däninnen und Dänen wollen, dass sich das künftig ändert.

Foto: dpa

Beispiel keine Militärmissionen mitmachen. Nun vollziehen alle drei Nationen den Schulterchluss in EU und Nato.

Dänemark hatte sich als eigenständige Nation oder im Nato-Rahmen bereits an verschiedenen internationalen Einsätzen beteiligt, war etwa in Afghanistan engagiert und bildete auch einen Bestandteil der „Koalition der Willigen“ im Feldzug der USA gegen den Irak. Derweil startete die EU fast drei Dutzend Auslandseinsätze, bei deren militärischer Komponente die Dänen stets „Nej“ sagten. Die gut 25000 Soldatinnen und Sol-

daten zählende dänische Armee wird nun zügig in die Planungs-, Koordinierungs- und Vorbereitungsstäbe der EU-Verteidigungspolitik einrücken.

Unter dem Eindruck des russischen Angriffskrieges hatte die EU ihre Bedrohungsanalyse vom Vorjahr aktualisiert und auf deren Grundlage im März einen neuen Strategischen Kompass verabschiedet. Dieser nimmt die Nato als Basis für die Verteidigung der EU-Mitgliedsländer, ergänzt sie aber mit eigenen, teils ambitionierten Vorhaben. So wird mit steigenden Verteidigungshaushalten die

„Permanente Strukturierte Kooperation“ (PESCO) immer wichtiger. PESCO ist nicht nur auf bessere Absprache bei der Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen für die Armeen der Mitgliedsstaaten gerichtet, sie soll auch zu einer vernünftigen Arbeitsteilung beitragen: Nicht jeder Staat muss dann alle Fähigkeiten bereithalten, die es für einen multinationalen Einsatz braucht. Der Sonderstatus der Dänen war bislang ein Hinweis darauf gewesen, dass es im Zweifel Vorbehalte beim Zusammenwirken geben kann. Diese Hürde ist nun weg.

Das Nein der Dänen zu einer vertieften Zusammenarbeit bei Währung, Militär, Polizei und Justiz war Anfang der 1990er Jahre der Preis für ein Ja des Landes zum Maastricht-Vertrag. Die Kehrtwende beim Militär ist das erste erfolgreiche dänische Referendum zur EU in diesem Jahrtausend. Mit dem Argument, wenn die Welt sich zu einem Schlechteren und Unsicheren verändern, dürfe Dänemark nicht stehenbleiben, hatte sich Frederiksen entschlossen, ihren Landsleuten „von ganzem Herzen ein Ja“ zu empfehlen. 66,9 Prozent sahen es wie sie.

Sie ist wieder da

Angela Merkel war lange abgetaucht, nun spricht sie beim DGB – auch über das heikle Ukraine-Thema

Von Hagen Strauß

BERLIN. Sie war abgetaucht, meldete sich nicht zu Wort, mischte nicht mit. Auch nicht zu Beginn des Ukraine-Krieges. Doch jetzt ist Angela Merkel wieder da – beim Deutschen Gewerkschaftsbund hielt sie ihre erste öffentliche Rede. Weitere Auftritte werden folgen. Am Mittwochabend hielt die Altkanzlerin eine Ansprache beim DGB anlässlich der Verabschiedung des langjährigen Vorsitzenden Reiner Hoffmann, zu dem Merkel eine besonders enge Beziehung gepflegt hat. Es war ihr erster offizieller, öffentlicher Redeauftritt nach dem Ende ihrer 16-jährigen Kanzlerschaft im vergangenen Dezember. Am kommenden Dienstag lässt sie sich dann im Berliner Ensemble befragen. Thema: „Was also ist mein Land?“

Mit Blick auf den Krieg bricht Merkel ihr Schweigen

Und weiterhin wird auf jedes Wort geachtet, das die 67-Jährige sagt. Hinzu kommt: Einmal Kanzlerin, immer Kanzlerin. Vor allem aber wegen des Ukraine-Krieges und ihrer jahrelangen, russlandfreundlichen Politik, die zu viel Abhängigkeit gerade im Energiesektor führte, war man gespannt auf Merkels Worte. Auf dem DGB-Podium bezeichnete sie den russischen Angriffskrieg dann auch als „tiefgreifende Zäsur“, ihre Solidarität gelte der überfallenen Ukraine. Sie unterstütze voll und ganz die Bundesregierung und die EU, als Bundeskanzlerin außer Dienst wolle sie aber keine Einschätzungen von der Seitenlinie abgeben. Das hatte Merkel schon vor dem Ende ihrer Kanzlerschaft angekündigt. Um es an-



Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Gespräch mit anderen Teilnehmern einer DGB-Veranstaltung zur Verabschiedung des langjährigen Vorsitzenden Reiner Hoffmann. Foto: dpa

ders zu machen – und zwar als Helmut Kohl. Der mischte nach seiner Abwahl als Kanzler 1998 noch fröhlich mit und nervte die CDU-Parteifreunde sowie Merkel damit gehörig.

Den Namen des russischen Präsidenten Wladimir Putin nahm sie beim Gewerkschaftsbund nicht in den Mund. Merkel galt jahrelang als Putin-Versteherin; manch einer sah in ihr zu Beginn des Krieges sogar eine potenzielle Vermittlerin. „Es war eine merkel-typische, zurückhaltende Rede“, befand ein Gast der Veranstaltung. Der „Exkurs“ zum russischen Angriffskrieg sei auch nur „kurz“ gewesen.

Ihre eigene Politik reflektierte sie allerdings an dem Abend nicht. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte nach Beginn des Krieges und unter politischem Druck eingeräumt,

vor allem in seiner Zeit als Außenminister Fehler im Umgang mit Russland gemacht zu haben. Er gab sich selbstkritisch und entschuldigte sich. Von Merkel ist das eher nicht zu erwarten. Aus der Union heißt es: „Warum auch? Die Entschuldigung von Steinmeier war schon falsch.“

Arbeiten am Buch und Vorliebe für Blazer

Verschwunden war Merkel nach dem Ende ihrer Kanzlerschaft selbstverständlich nicht. Es gab nur keine offiziellen Auftritte, bei denen sie das Wort ergriff. Sie war häufig in ihrem neuen Büro Unter den Linden 71, oben im vierten Stock. Im Berliner KaDeWe sah man die CDU-Frau shoppen, weiterhin gut bewacht vom Bundeskriminalamt. Neulich

traf sie dem Vernehmen nach ihren ehemaligen Regierungssprecher Steffen Seibert im Café am neuen See im Tiergarten. Seibert wird demnächst Botschafter in Israel. Auch machte die Altkanzlerin Urlaub in Italien – Stationen waren die Toskana und Florenz, dann Rom.

Angeblieh sollen die Arbeiten an ihrem geplanten Buch bereits begonnen haben. Weitere Vorträge werden demnach folgen. Was übrigens neben dem Gewicht ihrer Worte ebenfalls geblieben ist, ist das klassische Kanzlerinnen-Outfit. Einen bei- gen Blazer und eine dunkle Hose trug Merkel bei ihrem DGB-Auftritt. Was hatte sie zum Ende ihre Kanzlerschaft noch über ihre Blazer gesagt? „Die kommen regelmäßig in die Altkleidersammlung.“ Einige sind wohl noch übrig.

Ampel findet noch ein paar Reserven

Der Bundeshaushalt steigt auf fast 496 Milliarden Euro / Gesundheit und Äußeres profitieren

Von Hannes Koch

BERLIN. Vor allem wegen des russischen Angriffs und der Corona-Krise sollen die Ausgaben im Bundeshaushalt dieses Jahr nochmals ansteigen. Rund 12 Milliarden Euro mehr haben die Regierungsfractionen in den Entwurf hineingeschrieben, den das Parlament am diesem Freitag wohl beschließen wird. Im Vergleich zu 2021 fällt der Bundeshaushalt 2022 zwar um 60 Milliarden Euro schmaler aus. In den vergangenen Monaten kamen aber unerwartete Ausgaben hinzu. Die Regierung griff zum außergewöhnlichen Mittel eines Ergänzungshaushalts, um ihren Entwurf parallel zu den bereits laufenden Verhandlungen im Bundestag zu aktualisieren. Nicht zuletzt Aufwendungen für die Entlastung der Bevölkerung angesichts der Energie-Inflation ließen dabei die Verschuldung steigen.

Zusätzliche Mittel für die Ukraine und arme Staaten

Am Schluss legten dann die Regierungsfractionen SPD, Grüne und FDP nochmal eine Schippe drauf. Sie nutzten die Gunst der Stunde: Die Steuer-schätzung im Mai stellte dem Bund für dieses Jahr deutliche Mehreinnahmen in Aussicht. Ein guter Teil davon – rund 12 Milliarden Euro – soll nun in zusätzliche Ausgaben fließen. Insgesamt beinhaltet das Budget 2022 fast 496 Milliarden Euro, knapp 140 Milliarden davon sind neue Schulden.

Mehr Mittel stellten die Haushaltspolitik unter anderem dem Entwicklungsministerium

(BMZ) und dem Auswärtigen Amt zur Verfügung. Damit „reagieren wir auf die Herausforderungen des Krieges in der Ukraine und auch auf die dadurch drohende Ernährungskrise“, erklärte Grünen-Haushälter Sven-Christian Kindler. Enthielt der Regierungsentwurf für das BMZ ursprünglich nur 10,9 Milliarden Euro, sollen es nun 13,4 Milliarden sein. Das ist auch die Größenordnung, die das Haus von Ministerin Svenja Schulze (SPD) 2021 ausgeben konnte. „1,6 Milliarden Euro sind zusätzlich für die Unterstützung der Ukraine und ihrer Nachbarländer“ gedacht, erklärte das Ministerium. Mehr Geld gibt es etwa für Getreidelieferungen an arme Staaten, die augenblicklich nicht von der Ukraine versorgt werden. Außerdem fließen neue 784 Millionen Euro in Programme der Weltgesundheitsorganisation gegen die Corona-Pandemie. Für ähnliche Zwecke bekommt auch das Auswärtige Amt rund 500 Millionen Euro mehr, die die Regierung zunächst nicht eingeplant hatte.

Den größten Zuwachs im Vergleich zum Regierungsentwurf verzeichnet das Gesundheitsministerium von Karl Lauterbach (SPD). Alleine acht Milliarden Euro stehen für zusätzliche Tests auf Corona, mehr Impfungen, Ausgaben für Impfzentren und Unterstützung von Krankenhäusern zur Verfügung. Das Bundeswirtschaftsministerium bekommt ein paar hundert Millionen mehr für die schwimmenden Häfen zum Erdgasimport, das Arbeits- und Sozialministerium, um die Renten zu finanzieren.

Ku-Klux-Klan: Ermittlungen eingestellt

STUTT GART/BREMEN (dpa). Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat nach mehr als drei Jahren die Ermittlungen gegen 57 Verdächtige wegen der Bildung eines deutschen Ablegers des Ku-Klux-Klans eingestellt. Zuvor hatte sie unter anderem ein Gebäude in Bremen und eines im Kreis Holzminde (Niedersachsen) in den Fokus genommen.

Gewaltfantasien und sichergestellte Waffen

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart konnte nicht „mit einer für die Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit“ feststellen, dass der Zweck der Gruppierung auf die Begehung von Straftaten gerichtet war, wie eine Sprecherin am Donnerstag mitteilte. Die Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung seien deshalb im Frühjahr eingestellt worden. Sicherheitsbehörden hatten bei den Ermittlungen im Januar 2019 zwölf Wohnungen durchsucht. Die Beschuldigten, die damals zwischen 17 und 59 Jahre alt waren, standen im Verdacht, eine Gruppe namens „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland“ gebildet zu haben. Die Ermittler stellten mehr als 100 Waffen und zahlreiche Speichermedien sicher. Teile der Gruppierung sollen geplant haben, sich zu bewaffnen, und Gewaltfantasien gehegt haben, wie es damals hieß. Die Ermittler konnten den Beschuldigten nach Angaben der Sprecherin bislang nicht nachweisen, dass sie ihre Interessen unter Einsatz von Gewalt oder durch Begehung von Straftaten durchsetzen wollten.